

Stadtrat Bern, 27. März 2008, Beat Gubser EDU

Traktandum 4, Integrierter Aufgaben- und Finanzplan (IAFP) 2009 - 2012

### **Bern könnte bis Ende 2013 Schuldenfrei sein**

Nach dem erfreulichen Rechnungsabschluss 2007 mit einem nicht budgetierten Überschuss von 62,4 Mio. Franken sind wir bereits jetzt mit 123,3 Mio. Franken Schulden gemäss Finanzplan auf dem erwarteten Schuldenstand von 2013 (121,4 Mio.). Wir sind also dank der guten Konjunktur 6 Jahre im Vorsprung. Auch für das aktuelle Jahr ist wohl ein besserer Abschluss als budgetiert zu erwarten. Und wenn wir von jetzt an jedes Jahr 20,8 Mio. Franken Schulden abbauen würden, wie das der Gemeinderat ab 2013 vorsieht, dann wären wir bis Ende 2013, oder bei noch mehr guten Abschlüssen noch früher, und nicht erst bis Ende 2019 Schuldenfrei. Für die EDU hat dann auch die Schuldentilgung Vorrang vor Neuausgaben oder Steuersenkungen.

Zu den geplanten neuen Aufgaben und dem Leistungsausbau:

- Die ab 2010 für das Haus der Religionen geplanten 200'000 Franken Subventionen pro Jahr lehnt die EDU ab. Will der Gemeinderat unter dem Stichwort Integration das Amt für Kulturelles zum Amt für Religionsfragen weiterentwickeln? Der Gemeinderat missachtet die Trennung von Religion und Staat. Das Haus der Religionen profitiert bereits vom reduzierten Baurechtszins. Es muss sich selber finanzieren.
- Auch die Erhöhung der kulturellen Förderkredite um 400'000 Franken pro Jahr ab 2009 lehnen wir ab. Die Kulturausgaben sind bereits für die Jahre 2008 – 2011 um 3,2 Millionen Franken erhöht worden und sie sind heute mit 32,3 Mio. Franken der viertgrösste Budgetposten überhaupt. Die Kulturförderung ist für die EDU eher ein Sparbereich und eine vermehrte Trennung von Kultur und Staat wäre wünschenswert.
- Der Ausbau, die Weiterentwicklung und Betrieb der Ganztageschule, gemeint ist wohl die obligatorischen Ganztageschule lehnen wir aus grundsätzlichen Überlegungen ab. Die bestehenden Tagesschulstrukturen sind ausreichend.
- Den Ausbau der Tagesschulangebots um jährlich 3% würden wir auf einmalig 3% beschränken.

- Auf den Ausbau der Familienergänzenden Kinderbetreuung um jährlich 400'000 Franken oder 20 Plätze würden wir verzichten. Die Stadt Bern verfügt schon heute im regionalen Vergleich mit 79% oder 1023 von 1299 Kita Plätzen (Stand 2006) über ein einsames Spitzenangebot. Im Vergleich dazu hat z.B. das ca. dreieinhalb Mal kleinere Köniz (38'000 Einwohner) lediglich 84 Plätze, was im Verhältnis umgerechnet auf Bern (128'000 Einwohner) ca. 283 Kita Plätzen entsprechen würde, also 740 Plätze weniger als heute. In Bern haben wir 8 Plätze auf 1000 Einwohner, in Köniz 2 Plätze auf 1000 Einwohner.
- Was hingegen fehlt sind die notwendigen 5,2 Mio. Franken pro Jahr nach der angenommenen Initiative ‚Für eine sichere Stadt Bern‘.

Leider ist mein eingangs beschriebenes Szenario wohl utopisch, da die ausgeglichenen Abschlüsse von 2009 – 2011 nur dank der jährlichen Auflösung von 25 Mio. ewb Reserven möglich sind und selbst dann nur zwischen 17,8 und 14,1 Mio. Franken Schulden pro Jahr abgebaut werden sollen. Für das Jahr 2012 ist dann auch schon wieder, nach dem Wegfall der ewb Reserven, ein Defizit von 17,4 Mio. Franken vorgesehen. Bleibt zu hoffen dass wir weiterhin überraschende Abschlüsse, in die positive Richtung natürlich, erleben. Ansonsten wird die Stadt Bern wohl weiterhin über ihre Verhältnisse leben.

Die EDU nimmt den IAFP negativ zur Kenntnis.